

## **Bericht**

### **des Eingabenausschusses**

Vorsitz: **Jens Grapengeter**

Schriftführung: **Antje Möller**

1.

Der Eingabenausschuss hat in seiner Sitzung am 18. August 2008 über 20 Eingaben mit 22 Anliegen beraten. Vor Eintritt in die inhaltliche Beratung hat der Ausschuss Verschwiegenheit gemäß § 56 Absatz 4 Geschäftsordnung beschlossen.

Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben ist diesem Bericht beigelegt.

Eingaben mit einem \* betreffen mehrere Anliegen.

Die Eingaben liegen zur Einsichtnahme für alle Abgeordneten in der Geschäftsstelle des Eingabenausschusses aus.

Die Empfehlung zu der Eingabe Nummer 314/08 hat der Ausschuss mit Mehrheit beschlossen. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE beantragten, die Eingabe dem Senat „zur Berücksichtigung“ zu überweisen. Die Bilanz sollte überarbeitet werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Abgeordneten der GAL-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE abgelehnt. Der Antrag, die Eingabe für „nicht abhilfefähig“ zu erklären, wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Abgeordneten der GAL-Fraktion gegen die Stimmen der Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Alle übrigen Empfehlungen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen.

2.

Im Falle der Eingabe Nummer 711/07, Verwendung von Mittel zur Radverkehrsförderung, hatte die Bürgerschaft am 07.05.2008 (Bericht Drs. 19/138) beschlossen, die Eingabe dem Senat „zur Erwägung“ zu überweisen.

Nach Auffassung der Bürgerschaft sollte die Eingabe hinsichtlich der Maßnahmen an den Radwegen an der Bahrenfelder Straße sowie dem Bereich Bleickenallee/Grünebergstraße erneut zwischen der BSU und dem Bezirksamt abgestimmt werden.

Der Senat teilt dazu Folgendes mit:

#### „Bahrenfelder Straße

Bei dieser Straße handelt es sich um eine wichtige Verbindungsstrecke zwischen Bahrenfeld und Ottensen, die von Radfahrern sehr stark genutzt wird. Die dort vorhandenen Radwege sind heute jedoch zu schmal und baulich in einem schlechten Zustand. Aufgrund dieser Situation befahren viele Radfahrer in Teilbereichen die Fahrbahn. Durch die Erneuerung der Radwege auf Teilstücken von jeweils circa 200 m Länge werden breitere, gepflasterte Radwege geschaffen. Durch dieses Angebot wird nicht zuletzt das Sicherheitsempfinden der Radfahrer erhöht. Eine Benutzungspflicht für diese neuen Radwege wird nicht verhängt. Die Maßnahme in der Bahrenfelder Straße wird daher weiter verfolgt und umgesetzt.

Bleickenallee/Grünebergstraße

Es war vorgesehen, durch den Einbau einer „Nase“ sowie einer Aufpflasterung im Zuge der Bleickenallee stadtauswärts mit einer entsprechenden Ausschilderung dem Autofahrer die Wartepflichtigkeit darzustellen, um damit dem Radfahrer ein gesichertes Queren des Kreuzungsbereiches zu gewährleisten. Dieses Konzept wurde im Rahmen der Vorplanung mit dem zuständigen Polizeikommissariat abgestimmt. Die Polizei hat darauf hingewiesen, dass im Bereich einer Tempo-30-Zone grundsätzlich keine Beschilderung zur Vorfahrtsregelung angeordnet wird. Darüber hinaus ist der Polizei in diesem Kreuzungsbereich keine Unfalllage bekannt, d.h. diese Querung kann von daher als sicher angesehen werden. Eine rein bauliche Maßnahme ohne Beschilderung ist jedoch nicht als zweckdienlich zu beurteilen, ein vertretbares Kosten-/Nutzenverhältnis ist nicht mehr gegeben.

Vor diesem Hintergrund wird diese Maßnahme – dem Vorschlag des Petenten entsprechend – im Bezirk nicht weiter verfolgt.“

*Der Eingabenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, wie folgt zu beschließen:*

*Zu 1.:*

*2 Anliegen dem Senat als „Stoff für künftige Prüfung“ zu überweisen,*

*11 Anliegen für „erledigt“ und*

*8 Anliegen für „nicht abhilfefähig“ zu erklären sowie bei*

*1 Anliegen „zur Tagesordnung“ überzugehen.*

*Zu 2.:*

*Kenntnis zu nehmen.*

Antje Möller, Berichterstattung

**Anliegen, zu denen der Ausschuss empfiehlt, sie dem Senat als „Stoff für künftige Prüfung“ zu überweisen:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
328/08	Verbesserungsvorschläge im Beihilfewesen und Bearbeitungsdauer von Widerspruchsverfahren	Es sollte geprüft werden, den Vorschlägen des Petenten zu entsprechen
373/08*	Verunreinigung eines Grünstreifens durch Hundekot, hier: Aufstellen eines Kotbeutelspenders	Es sollte geprüft werden, ob versuchsweise ein Kotbeutelspender aufgestellt werden sollte

**Anliegen, die der Ausschuss für „erledigt“ zu erklären beantragt:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
16/08	Indischer Staatsangehöriger, hier: Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis und Beschwerde über Ausländerbehörde	Dem Begehren wird entsprochen werden
353/08	Mazedonischer Staatsangehöriger, hier nochmals: Wiedereinreise	Dem Begehren ist entsprochen worden
373/08*	Verunreinigung eines Grünstreifens durch Hundekot, hier: Tätigwerden des Ordnungsdienstes	Dem Begehren ist entsprochen worden
393/08	Einrichtung öffentlicher Toiletten am Blankeneser Bahnhof	Die gewünschte Auskunft wird erteilt
415/08	Hilfe zur Existenzgründung	Die gewünschte Auskunft wird erteilt
417/08	Grünpflege einer Gartenanlage durch das Bezirksamt Bergedorf	Die gewünschte Auskunft wird erteilt
450/08	Tätigkeit von Polizeibeamten bei der Freiwilligen Feuerwehr	Die gewünschte Auskunft wird erteilt

**Anliegen, die der Ausschuss für „erledigt“ zu erklären beantragt:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
473/08	Beschwerde über Schulleitung	Die gewünschte Auskunft wird erteilt
476/08	Sierraleonischer Staatsangehöriger, hier: Weiterer Aufenthalt	Dem Begehren ist entsprochen worden
504/08	Togoische Staatsangehörige, hier: Arbeitserlaubnis	Dem Begehren wird entsprochen werden
506/08	Nachweis einer Wohnung für Alleinerziehende	Die gewünschte Auskunft wird erteilt

**Anliegen, die der Ausschuss für „nicht abhilfefähig“ zu erklären beantragt:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
194/08	Wiedererteilung der Fahrerlaubnis und Bearbeitung eines Widerspruches	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
314/08	Fehler in den Bilanzen der Freien und Hansestadt Hamburg	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
365/08	Nochmals: Abweisung von Anwälten beziehungsweise Notaren in der JVA	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
373/08*	Verunreinigung eines Grünstreifens durch Hundekot, hier: Aufstellen eines Schildes sowie eines Zaunes zur Vermeidung von Hundekot auf Grünfläche	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
385/08	Fahrkostenzuschuss	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
482/08	Anfrage bezüglich der Rechtmäßigkeit der BRD	Der Gegenstand liegt außerhalb der hamburgischen Zuständigkeit
498/08	Bußgeldaktion der Schulbehörde gegen Familien	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
522/08	Auskunft über Kompetenzen der Bundeswehr	Der Gegenstand liegt außerhalb der hamburgischen Zuständigkeit

**Anliegen, zu dem der Ausschuss empfiehlt, „zur Tagesordnung“ überzugehen:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
508/08	Schadensersatz in Form von Rentenzahlung	Die Eingabe enthält gegenüber einer früheren Eingabe, auf die ein ordnungsgemäßer Bescheid erteilt wurde, keine neuen Tatsachen oder Beweismittel